

Geschäftsordnung

des Rates der Stadt Bad Nenndorf

Den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung sind die einschlägigen Bestimmungen des NKomVG jeweils nachrichtlich vorangestellt.

§ 69 NKomVG ¹Die Vertretung gibt sich eine Geschäftsordnung. ²Diese soll insbesondere Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Ladung und das Abstimmungsverfahren enthalten.

§ 7 NKomVG (1) Organe der Kommunen sind die Vertretung, der Hauptausschuss und die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte.

(2) Die Organe tragen folgende Bezeichnungen:

1. in Gemeinden: Rat, Verwaltungsausschuss und Bürgermeisterin oder Bürgermeister,
2. in großen selbständigen und in kreisfreien Städten: Rat, Verwaltungsausschuss und Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister,
3. in Samtgemeinden: Samtgemeinderat, Samtgemeindeausschuss und Samtgemeindebürgermeisterin oder Samtgemeindebürgermeister,
4. in Landkreisen: Kreistag, Kreisausschuss und Landrätin oder Landrat sowie
5. in der Region Hannover: Regionsversammlung, Regionsausschuss und Regionspräsidentin oder Regionspräsident

Inhalt:	§ 1	Einberufung des Rates
	§ 2	Öffentlichkeit
	§ 3	Vorsitz
	§ 4	Sitzungsverlauf
	§ 5	Tagesordnung und Anträge zur Tagesordnung
	§ 6	Anträge zu Tagesordnungspunkten und Anfragen
	§ 7	Anträge zur Geschäftsordnung und persönliche Erklärungen
	§ 8	Beratung und Redeordnung
	§ 9	Ordnungsverstöße
	§ 10	Einwohnerfragestunde und Anhörungen
	§ 11	Abstimmung
	§ 12	Wahlen
	§ 13	Protokoll
	§ 14	Fraktionen und Gruppen
	§ 15	Verwaltungsausschuss
	§ 16	Ausschüsse des Rates
	§ 17	Geltung der Geschäftsordnung

§ 1 Einberufung des Rates

§ 59 NKomVG (Abs. 1) ¹Die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte lädt die Abgeordneten unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich oder durch ein elektronisches Dokument. ²Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung.

(1) Die Ladung erfolgt schriftlich durch Brief, Telefax oder E-Mail. Die Einladung per E-Mail gilt als zugestellt, wenn sie versandt wurde. Die Art der Einladung bestimmen die Ratsmitglieder selbst. Die Ratsfrauen und Ratsherren sind verpflichtet, Änderungen ihrer Postanschrift, Telefaxverbindung oder E-Mail-Adresse umgehend der/dem Bürgermeister/in sowie der Verwaltung mitzuteilen.

(2) Die Ladungsfrist beträgt eine Woche. In Eilfällen kann die Ladungsfrist bis auf 3 Tage abgekürzt werden; auf die Abkürzung ist in der Ladung hinzuweisen.

(3) Die Einberufung zu einer nichtöffentlichen Sitzung erfolgt, wenn die Tagesordnung lediglich Punkte enthält, die nach § 64 NKomVG in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten sind oder bei denen ein entsprechender Beschluss über die nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall bereits vorliegt.

§ 2 Öffentlichkeit

§ 64 NKomVG ¹Die Sitzungen der Vertretung sind öffentlich, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern. ²Über einen Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden; wenn keine Beratung erforderlich ist, kann in öffentlicher Sitzung entschieden werden.

§ 63 NKomVG (Abs. 1) ¹Die oder der Vorsitzende leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt das Hausrecht aus.

(1) An öffentlichen Sitzungen können Zuhörer/innen und Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen. Pressevertreter/innen können besondere Plätze zugewiesen werden.

(2) Zuhörer/innen sind nicht berechnigt, sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen die Beratungen nicht stören und insbesondere keine Zeichen des Beifalls oder des Missfallens geben. Zuhörer/innen können von dem oder der Ratsvorsitzenden aus dem Sitzungssaal verwiesen werden.

(3) Aufzeichnungen auf Tonträger durch Dritte sind grundsätzlich nicht zulässig. Sie können ausnahmsweise durch Beschluss des Rates zugelassen werden.

§ 3 Vorsitz

§ 105 NKomVG(Abs.2) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist ehrenamtlich tätig und mit der Annahme der Wahl in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen. ²Sie oder er führt den Vorsitz im Rat. ³Sie oder er führt nach dem Ende der Wahlperiode die Tätigkeit bis zur Neuwahl einer Bürgermeisterin oder eines Bürgermeisters fort.

(1) Soweit ein Ratsmitglied an der Sitzungsteilnahme verhindert ist, hat es den/die Ratsvorsitzende/n rechtzeitig vor Beginn der Sitzung zu benachrichtigen. Soweit ein Ratsmitglied die Sitzung vorzeitig verlassen will, hat es diese Absicht dem/der Ratsvorsitzenden anzuzeigen.

(2) Die/Der Ratsvorsitzende hat die Sitzung unparteiisch zu leiten. Sie/er ruft die Tagesordnungspunkte auf, stellt sie zur Beratung und eröffnet die Abstimmung oder die Wahl. Will die/der Ratsvorsitzende selbst zur Sache sprechen, so gibt sie/er den Vorsitz für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung dieses Gegenstandes an ihre/n/seine/n Vertreter/in ab.

(3) Sind die/der Ratsvorsitzende und ihre/seine Vertreter/innen verhindert, so wählt der Rat unter dem Vorsitz des ältesten anwesenden hierzu bereiten Ratsmitgliedes für die Dauer der Verhinderung, längstens für die Dauer der Sitzung, eine/ einen Ratsvorsitzenden aus seiner Mitte.

(4) Der Stadtdirektor kann Angehörige der Verwaltung zur Sitzung hinzuziehen.

§ 4 Sitzungsverlauf

Die Sitzungen sollen regelmäßig in dieser Reihenfolge ablaufen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung
2. Beschlussfassung über die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung
3. Genehmigung der Niederschrift über die vorangegangene Sitzung
4. Bericht der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten der Stadt Bad Nenndorf für die Ausschüsse des Rates:
Bericht der Verwaltung über Sachstände zu den Beratungsergebnissen bzw. Entscheidungen der vorangegangenen Sitzung
5. Bericht der Verwaltung über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
(nur Rat)
6. Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten Verhandlungsgegenstände
7. Anfragen von Ratsmitgliedern
8. Einwohnerfragestunde
9. Nichtöffentliche Sitzung
10. Schließung der Sitzung

(2) In den Sitzungen der Ausschüsse des Rates kann die Einwohnerfragestunde auf Antrag eines Ratsmitgliedes auf die Tagesordnungspunkte verteilt werden. Vor der Einwohnerfragestunde haben die Ratsmitglieder das Wort.

§ 5 Tagesordnung und Anträge zur Tagesordnung

§ 59 NKomVG (Abs. 3) ¹Die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte stellt die Tagesordnung im Benehmen mit der oder dem Vorsitzenden der Vertretung auf; die oder der Vorsitzende kann verlangen, dass die Tagesordnung um einen Beratungsgegenstand ergänzt wird. ²Die Tagesordnung für die erste Sitzung in der Wahlperiode stellt die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte allein auf. ³Die oder der Vorsitzende vertritt die Hauptverwaltungsbeamtin oder den Hauptverwaltungsbeamten bei der Einberufung der Vertretung einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung. ⁴Stellt die oder der Vorsitzende die Tagesordnung auf, so ist das Benehmen mit der allgemeinen Stellvertreterin oder dem allgemeinen Stellvertreter der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten herzustellen; diese oder dieser kann verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird. ⁵In dringenden Fällen kann die Tagesordnung zu Sitzungsbeginn durch Beschluss erweitert werden; dafür ist eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Vertretung erforderlich.

§ 106 NKomVG (Abs. 1) ¹Der Rat kann in der ersten Sitzung für die Dauer der Wahlperiode, bei einem Wechsel im Amt der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters sowie auf Antrag der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters für die Dauer der restlichen Wahlperiode beschließen, dass die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister nur folgende Aufgaben hat: ...

3. die Einberufung des Rates und des Verwaltungsausschusses einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung im Benehmen mit der Gemeindedirektorin oder dem Gemeindedirektor und ...

(2) ¹Die Gemeindedirektorin oder der Gemeindedirektor kann verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung des Rates, eines seiner Ausschüsse oder des Verwaltungsausschusses gesetzt wird. ²Sie oder er nimmt an den Sitzungen teil; im Übrigen gilt § 87 entsprechend.

(1) Jeder Beratungsgegenstand ist deutlich zu kennzeichnen. Ein Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" ist nicht zulässig.

(2) Zu jedem Tagesordnungspunkt soll eine Vorlage bzw. ein Bericht der Verwaltung mit der Einladung übersandt werden; Vorlage bzw. Bericht können nachgereicht werden. Steht die Beratung der Haushaltssatzung auf der Tagesordnung für die Ratssitzung, so ist der Entwurf der Satzung mit dem Haushaltsplan den Ratsmitgliedern 14 Tage vor der Sitzung zu übersenden.

(3) Anträge zur Aufnahme eines bestimmten Beratungsgegenstandes in die Tagesordnung müssen schriftlich formuliert spätestens am 10. Tage vor der Sitzung des Rates oder Verwaltungsausschusses bei der Bürgermeisterin/ dem Bürgermeister bzw. vor der Sitzung des Ausschusses beim Stadtdirektor eingegangen sein. Später eingegangene Anträge werden als Dringlichkeitsanträge gem. § 59 Abs. 3 Satz 5 NKomVG behandelt.

(4) Dringlichkeitsanträge nach § 59 Abs. 3 Satz 5 NKomVG werden unter dem TOP „Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung“ behandelt. Eine Aussprache über die Dringlichkeit darf sich nicht mit dem Inhalt des Antrages, sondern mit der Prüfung der Dringlichkeit befassen. Soll über einen Dringlichkeitsantrag noch in der laufenden Sitzung des Rates beschlossen werden, ist die Sitzung zur Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss nach § 15 Abs. 3 zu unterbrechen.

Erläuterung zu § 5 Abs. 4 GO:

Dringlich sind Angelegenheiten, deren Beratung und Entscheidung unter Berücksichtigung der einzuhaltenden –ggf. abgekürzten– Ladungsfrist nicht auf die nächste Sitzung verschoben werden kann, ohne dass irreversible Nachteile entstehen (Thiele, NGO-Kommentar, 8. Auflage 2007, Anm. 7 zu § 41).

Auf die notwendige Vorbereitung von Beschlüssen durch den Verwaltungsausschuss/ Stadtdirektor ist zu achten.

§ 6 Anträge zu Tagesordnungspunkten und Anfragen

§ 56 NKomVG Jedes Mitglied der Vertretung hat das Recht, in der Vertretung und in den Ausschüssen, denen es angehört, Anträge zu stellen; die Unterstützung durch andere Mitglieder der Vertretung ist dazu nicht erforderlich. Zur eigenen Unterrichtung kann jede oder jeder Abgeordnete von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten Auskünfte in allen Angelegenheiten der Kommune verlangen; dies gilt nicht für Angelegenheiten, die der Geheimhaltung unterliegen (§ 6 Abs. 3 Satz 1).

(1) Zu jedem Tagesordnungspunkt können bis zur Abstimmung (Änderungs-)Anträge mündlich oder schriftlich gestellt werden. Die bzw. der Ratsvorsitzende kann verlangen, dass der mündlich gestellte Antrag bis zur Abstimmung schriftlich vorzulegen ist.

(2) Anfragen von Gremienmitgliedern nach § 4 Nr. 7 dieser Geschäftsordnung können in Sitzungen der Gremien auch mündlich gestellt werden.

Wenn eine sofortige Beantwortung nicht möglich ist, wird die Anfrage vom Stadtdirektor unverzüglich schriftlich und in der nächsten Sitzung beantwortet.

§ 7 Anträge zur Geschäftsordnung und persönliche Erklärungen

(1) Jedes Ratsmitglied kann während der Sitzung Anträge zu Geschäftsordnung stellen. Hierzu gehören insbesondere Anträge auf

- a) Nichtbefassung,
- b) Schließen der Rednerliste und Schluss der Debatte
- c) Vertagung
- d) Verweis an einen Ausschuss
- e) Unterbrechen der Sitzung
- f) Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit

(2) Auf einen Antrag zur Geschäftsordnung erteilt die oder der Ratsvorsitzende zuerst der Antragstellerin/ dem Antragsteller das Wort zur Begründung und gibt dann je einem Mitglied der im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppen sowie den nicht einer Fraktion oder Gruppe angehörenden Ratsmitgliedern Gelegenheit zur Stellungnahme und lässt darauf über den Antrag abstimmen.

(3) Einem Ratsmitglied, dass sich zu einer persönlichen Erklärung zu Wort gemeldet hat, ist das Wort auch nach Schluss der Beratung vor der Abstimmung zu erteilen. Das Ratsmitglied darf in der persönlichen Erklärung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen das Ratsmitglied gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen. Es darf hierzu nicht länger als drei Minuten sprechen.

§ 8 Beratung und Redeordnung

(1) Ein Ratsmitglied darf nur sprechen, wenn ihm von der/dem Ratsvorsitzenden das Wort erteilt wird. Zwischenfragen sind nur mit Zustimmung der oder des Sprechenden zulässig. Wortmeldungen erfolgen durch Handaufheben.

(2) Die/der Ratsvorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen, indem sie/er den Namen des Ratsmitgliedes aufruft. Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außerhalb der Reihenfolge zu erteilen.

(3) Die/der Ratsvorsitzende kann zur Wahrung der ihr/ihm nach § 63 NKomVG und den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung obliegenden Befugnisse jederzeit das Wort ergreifen.

(4) Der Stadtdirektor ist auf sein Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören. Die/der Ratsvorsitzende kann ihm zur tatsächlichen oder rechtlichen Klarstellung des Sachverhaltes auch außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erteilen.

(5) Die Redezeit beträgt in der Regel bis zu 5 Minuten, für die Begründung eines schriftlichen Antrages bis zu 2 Minuten. Die/der Ratsvorsitzende kann die Redezeit verlängern. Bei Widersprüchen beschließt der Rat über die Verlängerung der Redezeit.

(6) Jedes Ratsmitglied darf grundsätzlich zu einem Beratungsgegenstand nur einmal sprechen; ausgenommen sind

- a) das Schlusswort der Antragstellerin/ des Antragstellers unmittelbar vor der Abstimmung,
- b) die Richtigstellung offener Missverständnisse,
- c) Anfragen zur Klärung von Zweifelsfragen,
- d) Anträge und Einwendungen zur Geschäftsordnung,
- e) Wortmeldungen des Stadtdirektors gemäß Absatz 4,
- f) Fraktions- und Gruppensprecher

Die/der Ratsvorsitzende kann im Einzelfall zulassen, dass ein Ratsmitglied mehr als einmal zu einer Sache sprechen darf. Bei Widerspruch entscheidet der Rat.

§ 9 Ordnungsverstöße

§ 63 NKomVG (Abs.1) Die oder der Vorsitzende leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt das Hausrecht aus.

(Abs. 2) ¹Die oder der Vorsitzende kann ein Mitglied der Vertretung bei ungebührlichem oder wiederholt ordnungswidrigem Verhalten von der Sitzung ausschließen. ²Auf Antrag des ausgeschlossenen Mitglieds stellt die Vertretung in ihrer nächsten Sitzung fest, ob der Ausschluss berechtigt war.

(Abs. 3) ¹Die Vertretung kann ein Mitglied, das sich schuldhaft grob ungebührlich verhält oder schuldhaft wiederholt gegen Anordnungen verstößt, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassen wurden, mit der Mehrheit ihrer Mitglieder von der Mitarbeit in der Vertretung und ihren Ausschüssen ausschließen. ²Der Ausschluss kann nur auf bestimmte Zeit, höchstens jedoch für sechs Monate, erfolgen.

(1) Persönliche Angriffe und Beleidigungen sind von der/dem Ratsvorsitzenden sofort zu rügen.

(2) Verstößt ein Ratsmitglied gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung, so kann die/der Ratsvorsitzende das Ratsmitglied unter Nennung des Namens „zur Ordnung“, falls es vom Beratungsgegenstand abschweift „zur Sache“ rufen. Folgt das Ratsmitglied dieser Ermahnung nicht, so kann die/der Ratsvorsitzende ihm nach nochmaliger Verwarnung das Wort entziehen. Ist einem Ratsmitglied das Wort entzogen, so darf es zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht mehr sprechen.

(3) Wird die Ordnung in einer Sitzung gestört und gelingt es der/dem Ratsvorsitzenden nicht, sie wieder herzustellen, so kann sie/er die Sitzung unterbrechen oder die Sitzung nach Beratung mit den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen vorzeitig schließen.

§ 10 Einwohnerfragestunde und Anhörung

§ 62 NKomVG (Abs.1) Die Vertretung kann bei öffentlichen Sitzungen Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglichen, Fragen zu Beratungsgegenständen und anderen Angelegenheiten der Kommune zu stellen.

(Abs.2) Die Vertretung kann beschließen, anwesende Sachverständige und anwesende Einwohnerinnen und Einwohner einschließlich der nach § 41 von der Mitwirkung ausgeschlossene Personen zum Gegenstand der Beratung zu hören.

(Abs.3) Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung.

(1) Im Anschluss an jede öffentliche Ratssitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Bad Nenndorf Gelegenheit zu geben, Fragen an die/den Bürgermeister/in, die Ratsmitglieder und den Stadtdirektor zu richten. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner darf grundsätzlich zu einem Beratungsgegenstand nur einmal sprechen. Die Redezeit beträgt in der Regel bis zu 3 Minuten.

(2) Anfragen, deren öffentliche oder vorzeitige öffentliche Behandlung wichtige Belange der Stadt Bad Nenndorf verletzen würden oder die sich auf Angelegenheiten beziehen, die der Geheimhaltung unterliegen, sind nicht zu beantworten.

(3) Die Einwohnerfragestunde dauert insgesamt maximal 30 Minuten. Der Rat kann eine Verlängerung der Einwohnerfragestunde beschließen.

(4) Die Einwohnerfragestunde wird von der/dem Ratsvorsitzenden geleitet. Fragen an die Verwaltung werden vom Stadtdirektor beantwortet. Für die Beantwortung einzelner Anfragen an Fraktionen/Gruppen oder einzelne Ratsmitglieder stehen jeweils höchstens drei Minuten zur Verfügung; für die einmalige Erwiderung aus einer anderen Fraktion/Gruppe oder eines anderen nicht einer Fraktion/Gruppe angehörenden Ratsmitgliedes steht eine Minute Redezeit zur Verfügung.

(5) Beschließt der Rat, anwesende Sachverständige und anwesende Einwohnerinnen und Einwohner einschließlich der nach § 41 von der Mitwirkung ausgeschlossenen Personen zum Gegenstand der Beratung zu hören, gilt § 8 Abs. 5 dieser Geschäftsordnung entsprechend.

§ 11 Abstimmung

§ 66 NKomVG (Abs.1) *Beschlüsse werden, mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen gefasst, soweit durch Gesetz oder in Angelegenheiten des Verfahrens durch die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmt ist. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.*

(Abs.2) Es wird offen abgestimmt, soweit in der Geschäftsordnung nichts anderes geregelt ist.

(1) Nach Schluss der Aussprache und Abgabe persönlicher Erklärungen eröffnet der/die Ratsvorsitzende die Abstimmung. Vor der Abstimmung wiederholt er/sie den Antrag oder verweist auf die Vorlage, aus der der Antrag ersichtlich ist. Während des Abstimmungsverfahrens sind weitere Anträge unzulässig.

(2) Der/Die Ratsvorsitzende formuliert die Abstimmungsfrage so, dass sie mit "Ja" oder "Nein" beantwortet werden kann.

(3) Die/der Ratsvorsitzende entscheidet über die Reihenfolge der Abstimmung. Anträge zur Geschäftsordnung haben Vorrang.

(4) Grundsätzlich wird offen durch Handaufheben abgestimmt; in Zweifelsfällen durch Aufstehen. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder ist namentlich abzustimmen. Dies gilt nicht für die Abstimmung über Geschäftsordnungsanträge.

(5) Auf Antrag von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder oder einer Fraktion oder Gruppe ist geheim abzustimmen. Die geheime Abstimmung hat Vorrang vor namentlicher Abstimmung. Die/der Ratsvorsitzende bestimmt zwei Stimmzähler/innen, die verschiedenen Fraktionen/ Gruppen angehören. Die Stimmzähler/innen führen die geheime Abstimmung durch, stellen das Ergebnis fest und teilen es der/dem Ratsvorsitzenden mit, die/der es dann bekannt gibt.

§ 12 Wahlen

§ 67 NKomVG *¹Gewählt wird schriftlich; steht nur eine Person zur Wahl, wird durch Zuruf oder Handzeichen gewählt, wenn dem niemand widerspricht. ²Auf Verlangen eines Mitgliedes der Vertretung ist geheim zu wählen. ³Gewählt ist die Person, für die die Mehrheit der Mitglieder der Vertretung gestimmt hat. ⁴Wird dieses Ergebnis im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. ⁵Im zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, die die meisten Stimmen erhalten hat. ⁶Ergibt sich im zweiten Wahlgang Stimmengleichheit, so entscheidet das Los. ⁷Das Los zieht die oder der Vorsitzende der Vertretung.*

(1) Zur Wahl stehende Personen können sowohl im ersten als auch im zweiten Wahlgang verzichten. Die Aufstellung neuer Bewerberinnen oder Bewerber im zweiten Wahlgang ist zulässig.

(2) Für die Stimmauszählung bei Wahlen gilt § 11 Abs. 5 entsprechend.

§ 13 Protokoll

§ 68 NKomVG ¹Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Vertretung ist ein Protokoll zu fertigen. ²Abstimmungs- und Wahlergebnisse sind festzuhalten. ³Jedes Mitglied der Vertretung kann verlangen, dass aus dem Protokoll hervorgeht, wie es abgestimmt hat; dies gilt nicht für geheime Abstimmungen. ⁴Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung.

(1) Der Stadtdirektor ist für die Fertigung des Protokolls verantwortlich. Er bestimmt eine/n Protokollführer/in.

(2) Im Protokoll werden festgehalten:

- a) Sitzungsort und Sitzungstag
- b) Dauer der Sitzung
- c) Teilnehmer der Sitzung
- d) Tagesordnung
- e) wesentlichen Inhalte der Verhandlungen zu den Tagesordnungspunkten
- f) Wortlaut der Beschlüsse
- g) Abstimmungs- und Wahlergebnisse

Ein Wortprotokoll ist ausgeschlossen.

Die Protokolle sind von der/dem Bürgermeister/in, dem Stadtdirektor und der/dem Protokollführer zu unterzeichnen.

(3) Die Ratsmitglieder erhalten jeweils eine Ausfertigung des Protokolls, das ihnen innerhalb von 14 Tagen zugestellt werden soll.

(4) Der Rat beschließt über die Genehmigung des Protokolls. Über die Genehmigung des Protokolls der letzten Ratssitzung vor Ablauf der Wahlperiode beschließt der Verwaltungsausschuss. Bei der Beschlussfassung über die Genehmigung der Protokolle ist eine erneute Beratung oder eine sachliche Änderung der im Protokoll enthaltenen Beschlüsse unzulässig. Einwendungen gegen das Protokoll dürfen sich nur gegen die Richtigkeit der Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs und des Inhalts der Beschlüsse richten. Werden gegen die Fassung des Protokolls Einwendungen erhoben, die sich nicht durch Erklärungen der Protokollführerin/ des Protokollführers, der Stadtdirektorin/ des Stadtdirektors beheben lassen, so entscheidet der Rat.

§ 14 Fraktionen und Gruppen

§ 57 NKomVG (Abs.1) *Zwei oder mehr Abgeordnete können sich zu einer Fraktion oder Gruppe zusammenschließen.*

(Abs.2) *¹Fraktionen und Gruppen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Vertretung, im Hauptausschuss und in den Ausschüssen mit. ²Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.*

(Abs.3) *¹Die Kommune kann den Fraktionen und Gruppen Zuwendungen zu den Sach- und Personalkosten für die Geschäftsführung gewähren; zu diesen Kosten zählen auch die Aufwendungen der Fraktionen oder Gruppen aus einer öffentlichen Darstellung ihrer Auffassungen in den Angelegenheiten der Kommune. ²Die Verwendung der Zuwendungen ist in einfacher Form nachzuweisen.*

(Abs.4) *Soweit personenbezogene Daten an die Abgeordneten oder an Mitglieder eines Stadtbezirksrates oder Ortsrates übermittelt werden dürfen, ist es zulässig, diese Daten auch an von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten zur Verschwiegenheit verpflichtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und Gruppen zu übermitteln.*

(Abs.5) *Einzelheiten über die Bildung der Fraktionen und Gruppen sowie über deren Rechte und Pflichten regelt die Geschäftsordnung.*

(1) Ratsfrauen und Ratsherren dürfen nur einer Fraktion angehören. Entsprechendes gilt für die Zugehörigkeit zu den Gruppen.

(2) Die Gruppe nimmt anstelle der an ihr beteiligten Fraktionen oder Gruppen deren kommunalverfassungsrechtlichen Rechte wahr.

(3) Jede Fraktion und jede Gruppe hat eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden sowie eine/n oder mehrere stellvertretende Vorsitzende/n zu bestimmen.

(4) Fraktionen und Gruppen haben ihre Bildung, Umbildung und Auflösung sowie ihre Mitglieder der/dem Bürgermeister/in schriftlich anzuzeigen und dabei ihre/n Vorsitzende/n anzugeben. Die/der Bürgermeister/in unterrichtet unverzüglich den Rat sowie den Stadtdirektor.

(5) Die Bildung, Umbildung und Auflösung von Fraktionen und Gruppen werden mit der Anzeige nach Absatz 4 wirksam.

(6) Unterhält die Fraktion oder Gruppe eine Geschäftsstelle, sind auch die Anschrift der Geschäftsstelle sowie die zur Verschwiegenheit verpflichteten Mitarbeiter/innen der Fraktion oder Gruppe sowie evtl. Änderungen mitzuteilen.

(7) Jeder Fraktion und Gruppe wird pro Jahr ein Grundbetrag i.H.v. 70,00 € sowie je Fraktions-/Gruppenmitglied ein Betrag i.H.v. 10,00 € gewährt. Der sich so ergebende Betrag wird nach Verabschiedung der Haushaltssatzung ausgezahlt. Im Jahr der Beendigung bzw. des Beginns der Wahlperiode wird die Zuwendung anteilig gezahlt. Bis spätestens Ende Februar des Folgejahres ist der Stadtdirektorin/ dem Stadtdirektor eine detaillierte Aufstellung der Ausgaben einschl. der Belege, verbunden mit der Versicherung der/des Fraktions-/Gruppenvorsitzenden über die bestimmungsgemäße Verwendung der Haushaltsmittel vorzulegen. Zweckwidrig verwendete Zuwendungen sowie nicht in Anspruch genommenen Zuwendungen sind grundsätzlich zurückzuzahlen bzw. mit der Zuwendung des laufenden Haushaltsjahres zu verrechnen.

§ 15 Verwaltungsausschuss

- § 78 NKomVG (1) ¹Der Hauptausschuss ist von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten nach Bedarf einzuberufen. ²Sie oder er hat ihn einzuberufen, wenn ein Drittel der Beigeordneten dies unter Angabe des Beratungsgegenstands verlangt.
- (2) ¹Die Sitzungen des Hauptausschusses sind nicht öffentlich. ²Alle Abgeordneten sind berechtigt, an den Sitzungen des Hauptausschusses als Zuhörerinnen oder Zuhörer teilzunehmen. ³Für diese gilt § 41 entsprechend.
- (3) Beschlüsse können im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn kein Mitglied des Hauptausschusses widerspricht.
- (4) ¹Im Übrigen gelten die Regelungen für das Verfahren der Vertretung sinngemäß auch für das Verfahren des Hauptausschusses. ²Soweit das Verfahren der Vertretung in der von ihr erlassenen Geschäftsordnung geregelt ist, kann diese für das Verfahren des Hauptausschusses abweichende Regelungen treffen.

- (1) Die Sitzungen des Verwaltungsausschusses finden in der Regel am dritten Mittwoch eines Monats statt.
- (2) Die Ladungsfrist beträgt für den Verwaltungsausschuss 5 Tage. Die Ladungsfrist kann für Eilfälle auf 2 Tage abgekürzt werden.
- (3) Die Einladung zu Verwaltungsausschusssitzungen einschließlich der Vorlagen und Verwaltungsberichte und die Protokolle über die Sitzungen sind allen Ratsmitgliedern zuzustellen.
- (4) In dringlichen Fällen kann der Verwaltungsausschuss in einer Sitzungspause der Ratssitzung einberufen werden.

§ 16 Ausschüsse des Rates

- § 72 NKomVG (1) Die Geschäftsordnung bestimmt, ob Sitzungen der Ausschüsse öffentlich oder nicht öffentlich sind; sind sie öffentlich, so gelten die §§ 62 und 64 entsprechend.
- (2) ¹Die Abgeordneten sind berechtigt, bei allen Sitzungen der Ausschüsse der Vertretung zuzuhören. ²Wird in einer Ausschusssitzung ein Antrag beraten, den eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter gestellt hat, die oder der dem Ausschuss nicht angehört, so kann sie oder er sich an der Beratung beteiligen. ³Die oder der Ausschussvorsitzende kann einer oder einem nicht zum Ausschuss gehörenden Abgeordneten das Wort erteilen.
- (3) ¹Die Ausschüsse werden von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten im Einvernehmen mit der oder dem Ausschussvorsitzenden einberufen. ²Der Ausschuss ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert oder ein Drittel der Ausschussmitglieder unter Angabe des Beratungsgegenstands die Einberufung verlangt. ³Die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte stellt im Benehmen mit der oder dem Ausschussvorsitzenden die Tagesordnung auf. ⁴Das sonstige Verfahren der Ausschüsse kann in der Geschäftsordnung geregelt werden. ⁵Im Übrigen gelten die Vorschriften für die Vertretung entsprechend.
- § 73 NKomVG ¹Die §§ 71 und 72 sind auf Ausschüsse der Kommune anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese die Zusammensetzung, die Bildung, die Auflösung, den Vorsitz oder das Verfahren nicht regeln. ²Die nicht der Vertretung angehörenden Mitglieder solcher Ausschüsse haben Stimmrecht, soweit sich aus den besonderen Rechtsvorschriften nichts anderes ergibt.

- (1) Die Vorschriften dieser Geschäftsordnung gelten für Ausschüsse entsprechend.
- (2) Die Ausschüsse tagen öffentlich. Die Einberufung zu einer nichtöffentlichen Sitzung erfolgt, wenn die Tagesordnung lediglich Punkte enthält, die nach § 64 NKomVG in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten sind oder bei denen ein entsprechender Beschluss über die nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall bereits vorliegt. Sofern der Rat oder der Verwaltungsausschuss die nichtöffentliche Behandlung einer Angelegenheit beschlossen hat, sind die Ausschüsse hieran gebunden.
- (3) Die Einladung zu Ausschusssitzungen einschließlich der Vorlagen und Verwaltungsberichte und die Protokolle über die Sitzungen sind allen Ratsmitgliedern zuzustellen.
- (4) Sind mehrere Ausschüsse an der Vorbereitung eines Beschlusses beteiligt, so koordiniert der Verwaltungsausschuss deren Arbeit.
- (5) Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit der Ausschüsse entscheidet der Verwaltungsausschuss.
- (6) Die Ladungsfrist beträgt für die Ausschüsse des Rates 1 Woche. Die Ladungsfrist kann für Eilfälle auf 2 Tage abgekürzt werden.

§ 17 Geltung der Geschäftsordnung

- (1) Diese Geschäftsordnung tritt sofort in Kraft. Gleichzeitig wird die vom Rat in seiner Sitzung am 09.11.2016 beschlossene Geschäftsordnung aufgehoben.
- (2) Bei Zweifeln über die Auslegung dieser Geschäftsordnung entscheidet die/der Vorsitzende, wenn nicht der Rat die Entscheidung an sich zieht.
- (3) Der Rat kann im Einzelfall mit Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder von der Geschäftsordnung abweichen, wenn nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

Bad Nenndorf, den 11.12.2019

Bürgermeister/in